

■ Rettungsaktion am Nanga Parbat

Das Drama am Nanga Parbat dauert an. Dichtes Schneegestöber hat den Abstieg der beiden in Not geratenen Südtiroler Bergsteiger zwischenzeitlich gestoppt. Die beiden hätten dem Basislager aber telefonisch mitgeteilt, dass es ihnen gut gehe, berichteten italienische Medien. Der Abstieg sei nun für morgen geplant. Die Männer waren am vergangenen Dienstag am Nanga Parbat in Pakistan von schlechtem Wetter überrascht worden.

■ Putin: Öllieferprobleme beseitigen

Der russische Regierungschef Wladimir Putin hat die zuständigen Stellen des Landes zur sofortigen Beseitigung der Öllieferprobleme mit Tschechien aufgefordert. Die Regierung in Prag hatte die plötzliche Senkung der Liefermenge zu Monatsbeginn kritisiert und einen Zusammenhang mit einem tschechisch-amerikanischen Militärabkommen nicht ausgeschlossen. Laut Vizeregierungschef Igor Setschin fließen im Juli 260 000 Tonnen statt der üblichen 442 000 Tonnen nach Tschechien.

■ Grenzstreit beigelegt

Nach vier Jahrzehnten haben Russland und China ihre Grenzstreitigkeiten beigelegt. Ein Abkommen über die endgültige Demarkation der 4 300 Kilometer langen Grenzlinie unterzeichneten am Montag in Peking Russlands Außenminister Sergej Lawrow und sein chinesischer Amts-



Endgültige Demarkation: Sergej Lawrow und Yang Jiechi. (FOTO: AFP)

kollege Yang Jiechi. „Wir haben die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Grenze ein Verbindungsstück für Stabilität, Offenheit, gegenseitigen Vorteil, Freundschaft und Zusammenarbeit wird“, sagte Lawrow.

■ Aktionstag gegen Entführungen

Bei einem internationalen Aktionstag für die Freiheit aller schätzungsweise 2 800 Entführungsoffer in Kolumbien sind in dem südamerikanischen Land insgesamt mehrere Millionen Menschen auf die Straße gegangen. In rund 1100 Städten und Gemeinden Kolumbiens fanden am Sonntag Solidaritätskonzerte statt, an denen sich mindestens 100 000 Musiker beteiligten.

■ Iran spricht von Kooperation

Der iranische Chefunterhändler Said Dschalili will im Atomstreit auf Kooperation statt Konfrontation setzen. „Wir haben einen zukunftsgerichteten und konstruktiven Ansatz und sind überzeugt, dass wir uns in Richtung einer verständnisvollen Einigung bewegen können“, sagte Dschalili am Montag in Teheran.

Nach dem irischen Nein zum Lissabon-Vertrag

Ausrutscher oder generelle Malaise?

Ursachen und Folgen von Europas zweiter Krise und mögliche Auswege daraus

VON WOLF VON LEIPZIG

Nach dem Nein-Votum der Iren zum Lissabon-Vertrag im vergangenen Juni steht die EU vor der simplen Frage: Wie geht es weiter? Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat sich gestern nach Irland begeben, um sich vor Ort ein Stimmungsbild zu machen. Der gegenwärtige EU-Ratsvorsitzende hält ein zweites Referendum für den vielversprechendsten Ausweg aus der Krise.

Eine erfolgreiche Überwindung der neuen Krise erfordert jedoch eine grundlegende Analyse der Gründe für die dritte Ablehnung einer EU-Vertragsrevision binnen vier Jahren. Je nachdem, ob man das Nein als bloßen „Ausrutscher“ oder aber vielmehr als Ausdruck einer allgemeinen Malaise hinsichtlich der europäischen Einigung bewertet, fällt dann der Lösungsansatz aus.

Die Frage nach Europas Zukunft beschäftigte 17 Europa-Experten aus der akademischen Welt, die unlängst auf Einladung des Luxemburger Instituts für Internationale und Europäische Studien (LIIES) im Haus des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Robert Mundell in Santa Colomba bei Siena zusammenkamen. Nach einem Kolloquium 2006 in Schengen und 2007 erstmals in Santa Colomba war es die dritte LIIES-Tagung zur Zukunft der Europäischen Union.

Ursachen des irischen Neins

„Hat Europa seine Ambitionen und Illusionen verloren?“, fragte LIIES-Direktor Armand Clesse einleitend und konstatierte Malaise und Verwirrung nach dem irischen Nein: „Ist die EU noch reformierbar?“ und „Kann sie sich überhaupt noch bewegen?“ Dabei dürfe man nicht nur an den nächsten Schritt denken, sondern müsse auch über Alternativszenarien und den Beitrag der EU zur internationalen Sicherheit nachdenken.

Larry Siedentop (Universität Oxford) antwortete: „Es gibt eine nationalistische Reaktion in der EU.“ Als Ursache sieht er eine doppelte Diskreditierung: Während die nationalen Parlamente im Zuge des Einigungsprozesses an Legitimität verloren hätten, habe das Europäische Parlament nicht entsprechend davon hinzugewonnen. Die nationalen demokratischen Kulturen seien geschwächt. „Märkte“ allein schufen keine politischen Loyalitäten, das könnten – bestenfalls – politische Kulturen. Verloren gegangen sei ein Idealismus, wie er etwa bei der deutsch-französischen Aussöhnung gewirkt habe. Die nationalen politischen Klassen und nationalen Parlamente müssten sich daher wieder stärker engagieren, um den Integrationsprozess in Europa voranzubringen.

Auch nach Ansicht von Jan Rood (Universität Utrecht) haben sich die drei Nein-Voten zu Vertragsreformen verheerend auf das Ansehen der EU ausgewirkt. Die politische Maschinerie der EU drehe jedoch unbeirrt weiter. Er



(FOTO: REUTERS)

äußerte Zweifel an der Vitalität der EU angesichts einer Krise der repräsentativen Demokratie, mangelnder politischer Legitimität der EU-Institutionen sowie zentrifugaler Tendenzen in Großbritannien, Belgien und Spanien.

Michel Foucher (Ecole normale supérieure, Paris) macht spezifische nationale Gründe für das dreifache Nein aus. So seien wichtige internationale Fragen oft an innenpolitische Faktoren gebunden (z. B. ein EU-Beitritt der Türkei). Auch sei es leichter, für ein Nein zu argumentieren als für ein Ja. So versuche Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy Druck auf die Vertragsgegner mit dem Argument zu machen, eine Erweiterung sei nur mit neuem Vertrag möglich. Allerdings seien Ziele wie eine Stärkung der europäischen Verteidigung oder die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes auch ohne einen neuen Vertrag in die Praxis umsetzbar.

Uneins war man sich darüber, ob es politisch, ja juristisch vertretbar sei, den Iren den Reformvertrag ein zweites Mal vorzulegen. Während einige Zweifel anmeldeten, hielten andere, wie Christian Franck (Universität Louvain), eine neu formulierte Frage für vorstellbar und empfahlen anderenfalls ein Europa „à géométrie variable“ als Ausweg.

Mario Hirsch (Pierre Werner Institut, Luxemburg) plädierte nach mehreren Rückschlägen für einen bescheideneren Ansatz. Die öffentliche Meinung sei zu mehr

Integration noch nicht bereit und meinte: „Wir haben alle Instrumente, damit die EU funktioniert“.

Für Alfred Steinherr (Europäische Investitionsbank) ist das irische Nein kein Beleg dafür, dass die EU-Bürger in ihrer Mehrheit gegen die europäische Integration sind. Er empfiehlt als Ausweg, in Zukunft statt nationaler Referenden ein einheitliches europäisches Referendum abzuhalten.

Gerhard Michael Ambrosi (Universität Trier) sieht einen „anti-kolonialen Reflex“ bei den EU-Bürgern am Werk: Während die europäischen „Eliten“ erkennen, dass die EU einen Einflussgewinn für ihre Mitgliedsländer darstelle, sei die Bevölkerung überwiegend gegen „mehr Europa“.

Adrian Pabst (Universität Nottingham) meinte, die EU-Bürger wollten ein ambitionierteres europäisches Projekt, ein wirkliches „Pooling“ von Ressourcen, z. B. in einer europäischen Exekutive, die nicht von der Kommission gestellt, sondern vom Europäischen Parlament ernannt würde.

Sowohl der Kanadier Robert Mundell wie der Amerikaner Charles Maier (Harvard-Universität) wiesen darauf hin, dass Politik nicht nur rational, sondern auch emotional sei und deuteten auf das Fehlen eines europäischen Gründungsmythos', wie er in den USA existiere. Ambrosi empfahl Kaiser Konstantin den Großen (306-337 n. Chr.) als denkbaren Gründervater. Christopher Coker (London School of Economics) wies dagegen auf die unterschiedlichen Integrationswünsche im Kern und an der Peripherie Europas hin.

Neue Konzepte und Modelle

Die Runde diskutierte auch alternative Modelle und Konzepte für die europäische Einigung. Herbert Grubel (Simon-Fraser-Universität, Vancouver, B. C.), sieht in einer Dezentralisierung das beste Mittel, um den Wohlstand der Bürger zu sichern und empfahl das Schweizer Föderationsmodell als Europa „en miniature“. Freier Wettbewerb zwischen den Kantonen bei sozialen, fiskalen und anderen Standards sowie Elemente der direkten Demokratie wie Referenden garantierten den Respekt von Subsidiarität. Auch Rolf Weder (Universität Basel) be-

leuchtete das Schweizer Beispiel als geeignetes Mittel, um Demokratiedefizite der EU auszugleichen. So könnten etwa fakultative Referenden nach Schweizer Vorbild „Abschreckungswirkung“ auf übergroßen „Zentralisierungseifer“ auf EU-Ebene entfalten.

Robert Mundell, einer der „Väter des Euro“, stellte ein von ihm entworfenes Modell einer Konföderation Europas vor, das drei Integrationsniveaus (assoziiert, fördert bzw. unitär) in verschiedenen Bereichen (Freihandelszone/Binnenmarkt, WWU, Außenpolitik, Verteidigung usw.) vorsieht.

EU als internationaler Akteur

Als ein Zeichen von Vitalität und Lebensfähigkeit – als Markt und geopolitischer Raum – wertete Michel Foucher die Fähigkeit zur Erweiterung. Hierbei sei jedoch geografisch wie in puncto Status Flexibilität erforderlich. Zudem gebe es hierzu nicht nur unterschiedliche Sichtweisen zwischen Christdemokraten, die Werte betonten, und Sozialdemokraten, die politische und wirtschaftliche Kriterien anlegten, sondern ebenso zwischen Kern- und Peripherie-Staaten. Dennoch werden, so Foucher, in etwa 20 Jahren – mit Ausnahme Russlands – alle 46 Europaratsmitglieder, einschließlich der Ukraine und der Türkei, der EU angehören.

Zaki Laïdi (Sciences Politiques, Paris) wies auf das Paradox hin, dass die EU in einer Welt, in der Europas Einfluss zusehends schrumpfe, Anerkennung als globaler Akteur suche. Dabei machte er drei „Kernmerkmale“ bei der EU aus: 1. die Ablehnung von Real- oder Machtpolitik, 2. den Glauben an die konfliktreduzierende Wirkung von Interdependenz sowie 3. Risikoscheue etwa in Form der strengen EU-Umwelt- und Sozialnormen. Problematisch sei jedoch, dass längst nicht alle Weltpartner die europäischen Werte und Ziele (Stichwort: EU-Agrarpolitik im Rahmen der WTO-Handelsliberalisierung) teilten.

Im Fazit erscheint die heutige EU an einem Wendepunkt angelangt: Sie funktioniert zur Zeit mit einem Flickwerk von Verträgen, der Entwicklungssprung zu einem konsolidierten, harmonischen Ganzen ist ihr bislang jedoch nicht gelungen. Es scheint offen, ob eine Vertragsreform in Kraft treten kann – und damit auch, ob es sobald weitere EU-Beitritte geben wird. Eine in drei Referenden gegen eine Vertragsrevision zum Ausdruck gekommene Euroskepsis in der Bevölkerung ist offenbar ein Symptom für eine europäische „Sinnkrise“. Längerfristig könnte es der EU zum Verhängnis werden, dass ihr als politische Entität sui generis bislang ein „Mythos“, ein „Demos“ (Staatsvolk) und schließlich ein „Telos“ (Finalität) fehle. Eine Besinnung auf gemeinsame Werte, die Einführung von mehr partizipatorischen Elementen sowie eine schrittweise Festlegung der Grenzen Europas könnten jedoch die Lebensfähigkeit der EU sichern und ihr neue Vitalität verleihen.



Gastgeber der Tagung in Santa Colomba: der Nobelpreisträger Robert Mundell (3.v.r.) und seine Frau. (FOTO: LIIES)